

**Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder/
Ein Erfahrungsbericht**

Die Länder an den Verhandlungs- tisch zwingen

Mittwoch, den 23. Februar 2005, 9 Uhr: GEW-Kolleginnen und Kollegen sind dem Streikaufruf der GEW Niedersachsen gefolgt und haben sich bei Kälte vor dem GEW-Streikbüro in den ver.di-Höfen/Hannover eingefunden, um sich als Streikende registrieren zu lassen. Gegen 10 Uhr sind es 60 überwiegend pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von neun Schulen aus Hannover und der Region Hannover. Der Ärger ist bei vielen deutlich zu spüren und die Streikbereitschaft deshalb enorm. Da alle neu eingestellten Kollegen und Kolleginnen in der Regel nur noch 50-Prozent-Verträge bekommen, die aber nur noch zu 48 Prozent bezahlt werden (40-Stunden-Woche), ferner kein Urlaubsgeld und jetzt auch keine Sonderzuwendungen mehr erhalten, hat sich deren Gehalt um etwa 14 Prozent verringert.

Die Organisation des Streiks musste schnell erfolgen. Nach dem Streikaufruf bildete sich eine Arbeitsgruppe mit Silke Beu, Thomas Martin und Nils Johannsen, die sich die Aufgaben aufteilten, um innerhalb von vier Tagen die Kolleginnen und Kollegen in Hanno-



Foto: Nils Johannsen

GEW-Fahnen in den ver.di-Höfen. Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Region Hannover folgten dem Streikaufruf und legten die Arbeit nieder.

ver und in der Region zu informieren und die Streikbereitschaft auszuloten. Außerdem wurde mit örtlichen Vertreterinnen von ver.di das gemeinsame Vorgehen während der gleichzeitig stattfindenden Personalrätekonferenz abgesprochen.

Auf diese Weise wurden 120 GEW- als auch ver.di-Kolleginnen und -Kollegen über das neue Tarifwerk für alle Beschäftigten bei Bund und Kommunen (TVöD) ausführlich informiert. Das Thema sorgte für genügend Diskussionsstoff. Bei diesem Streik ging es darum, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die die gemeinsame Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen bewusst ver-

lassen hatten, zu zwingen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Die Forderungen gegenüber der Tarifgemeinschaft der Länder lauten:

- Verhandlungsgrundlage ist der TVöD
- Einkommensverbesserungen in den nächsten Jahren
- Erhalt des Flächentarifvertrages für Beschäftigte bei den Ländern
- Einlösung der Zusage zur schrittweisen Ostangleichung

Die ver.di-Höfe füllen sich am Mittag durch Streikende der Straßenmeistereien und der Universität Hannover. GEW- und ver.di-KollegInnen nutzen diese Streikerfahrung dahingehend, dass sie sich zu einer Arbeitsgruppe zusammen finden, in der über den TVöD und über die Situation in den Schulen und Betrieben engagiert diskutiert wurde. Die Streikenden stellen fest, dass

- Vorgesetzte versucht haben, Streikwillige einzuschüchtern,
- die Solidarität und die Unterstützung der Beamten und Beamtinnen in den Streikauseinandersetzungen benötigt wird um politisch erfolgreich zu sein,
- die Eltern in die Diskussionen mit einbezogen werden müssen, um auch sie bei zukünftigen Aktionen zu beteiligen,
- eine Vernetzung der Schulen untereinander vorangetrieben werden soll,
- eine engere Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Ebenen von GEW und ver.di vonnöten ist

Am Ende herrscht Zufriedenheit und Aufbruchstimmung.

Es wird verabredet, Anfang oder Mitte März 2005 eine gemeinsame Veranstaltung zu initiieren, wenn die Ergebnisse des Spitzengesprächs zwischen den Gewerkschaften und der TdL veröffentlicht worden sind.

NILS JOHANNSEN

Sondierungsgespräche werden im April fortgesetzt

Am 3. März trafen sich Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) unter Leitung des Niedersächsischen Finanzministers Möllring mit Vertretern der Gewerkschaft ver.di, um auszuloten, ob und wie der Tarifabschluss mit dem Bund und den Kommunen von der TdL übernommen werden könnte.

Der Abschluss vom 9. Februar beinhaltet u.a.:

- Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 Euro in 2005 – 2007
- Zahlung des Weihnachtsgeldes und Urlaubsgeldes bis 2007 in bisheriger Höhe, anschließend eine gestaffelte Jahressonderzahlung
- Keine generelle Erhöhung der Arbeitszeit
- Erhalt der Unkündbarkeit
- Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) zum 1. 10. 2005

Die Gewerkschaften hatten die Länder Mitte Februar aufgefordert, diesen Tarifabschluss zu übernehmen und hierüber in Verhandlungen einzutreten. Begleitet wurde dieses Verhandlungsangebot durch Warnstreiks und Streiks, an denen auch die GEW beteiligt war.

Zwar gab es am 3. März noch kein konkretes Ergebnis, aber es wurden weitere Gesprächstermine für den 8. und 14. April vereinbart. Zumindest scheint die starre Haltung der TdL der Einsicht gewichen zu sein, dass Verhandlungen in beiderseitigem Interesse sind, um zu einer grundlegenden Reform des Tarifrechts zu kommen. Allerdings müssen sich die Gewerkschaften auch weiterhin auf ein mögliches Scheitern der Verhandlungen einstellen und zu weiteren Streiks bereit sein.

RÜDIGER HEITFAUT